

Geschrieben von: Lorenz

Dienstag, den 18. September 2012 um 09:39 Uhr

Viele Fragen an das Bundesamt für Strahlenschutz - und keine Antworten Landkreis Wesermarsch stellt sich quer gegen Atomtransport nach Grohnde

Emmerthal/Wesermarsch (wbn). Jetzt stellen sich auch Landkreis und Kommunen an der Küste gegen den MOX-Transport quer!

Die Atomkraftgegner im Weserbergland begrüßen, dass der Kreistag Wesermarsch und der Stadtrat Nordenham sich am Montagabend gegen Atomtransporte, insbesondere gegen den geplanten Transport von Plutonium-Brennelementen aus Sellafield in Großbritannien, über den Hafen von Nordenham zum AKW Grohnde ausgesprochen haben.

Fortsetzung von Seite 1

Tobias Darge vom Anti-Atom-Plenum im Weserbergland: „Die Kommunalpolitiker haben sich jenseits des Fraktionszwanges mit der Sache beschäftigt und versucht, von der Vertreterin der Bundesamtes für Strahlenschutz Auskunft zu bekommen.“ Je länger die Sitzung dauerte, desto häufiger blieben die Fragen unbeantwortet:

Neuste Erkenntnisse über die Unterschätzung der Gefährlichkeit der besonders bei Plutonium-Transporten auftretende Neutronenstrahlung? Unbekannt!

Hat das Bundesamt für Strahlenschutz Kenntnis von den Sicherheitsbedenken französischer Behörden gegenüber der vorgesehenen Atom-Fähre "Atlantic Osprey"? Fehlanzeige!

Werden Kindergärten mit den besonders strahlenempfindlichen Kindern bei der Routenplanung des Transportes gemieden beziehungsweise die Kommunen des bei der Routenplanung beteiligt? Schweigen!

Darge weiterhin: „Festzustellen bleibt, dass die Transportregeln unter anderem von der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEO) in Wien vorgegeben werden, einer Organisation, deren Ziel die Förderung der zivilen Atomenergie ist, und deren Regeln den Weiterbetrieb von Atomkraftwerken sicherstellen sollen. Die Kommunalpolitiker/innen haben sich aber nicht von den Sicherheitsversprechen einlullen lassen, sondern aus den Erfahrungen von Fukushima und Tschernobyl die Konsequenz gezogen, dass das sogenannte Restrisiko real und viel höher ist als beteuert, und den geplanten Atomtransporten eine Absage erteilt und sind damit Ihrer Verantwortung für das Leben der Bevölkerung gerecht geworden.“